

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Desubskription monatlich (mit Post 2 RM) (Halbmonatlich 1 RM) durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft in d. D. Dresden-Alt / Reichsstraße 1 u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18699, Dresdner Verlagsgesellschaft
Ermittlung: Dresden-Alt, Güterbahnhofstr. 2/Reimpt. Amt Dresden Nr. 17259 / Braunschweig, Arbeiterstimme Dresden / Expeditions- und Redaktions: Wochenstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstags)

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM (für die Anzeigenzeitung einschließlich an den dreispaltigen Teil einer Tageszeitung 1,20 RM. Anzeigen-Nachnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Vorkauf der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Montag den 5. März 1928 Nummer 55

Aussperrung in Berlin

60000 Metallarbeiter herausgeworfen

Die Reformisten gegen den Gesamtkampf

Die Aussperrung in der Berliner Metallindustrie hat begonnen. Die Verhandlungen vor dem Schlichter sind gescheitert. Die Unternehmer haben die Initiative ergriffen und werfen die Arbeiter auf die Straße. Die Betriebe der Siemens und Halske A.G., der Siemens-Schuckert-Werke, der Bergmann-Elektrizitätswerke, der Wix und Genck A.G., Deutsche Telefon-Werke, sind ganz oder teilweise stillgelegt worden.

aus den einzelnen Betrieben wird gemeldet:
Bei Siemens findet keine Generalaussperrung statt. Das Werner-Werk und das Elmo-Werk werden ab heute zum größten Teil stillgelegt. Das Danamowerk arbeitet vollständig. Die Zahl der Ausgesperrten wird mit 30000 angegeben. Weitere 10000 sollen folgen.

Bei einer Anzahl anderer Firmen soll eine Schicht ausbleiben. Die Belegschaft des Betriebes Spix verlangte von der Ortsverwaltung die Einbeziehung in den Streik, da sie Streikbrecherarbeit für Wix und Genck leistet. Die Ortsverwaltung lehnte die Einbeziehung in den Streik ab. Einige Unternehmen verkündeten, daß sie am Dienstag aussperrten werden.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer versuchen mit allen Mitteln die Bewegung der Metallarbeiter einzudämmen. Bei der Besprechung der Betriebsrat Heine, daß für Vorjäh die Bewegung zu Ende sei. In der Sonnabendabend-Ausgabe meldet dagegen der Vorwärts, daß Vorjäh am Montag aussperrten werde.

Der Aussperrungsbeschluss der Metallindustrie hat in der gesamten Berliner Metallarbeiterschaft die größte Entrüstung und den stärksten Kampfwillen hervorgerufen. Die Belegschaften sämtlicher von der Aussperrung betroffenen Betriebe fordern die Ausdehnung des Kampfes auf alle Betriebe des Werkzeugbaus. Gleichzeitig wächst die Stimmung für die Mobilisierung der gesamten Metallarbeiterschaft zum Kampf. Mit großer Entrüstung wenden sich die Arbeiter gegen die Taktik der Reformisten, die nicht daran denken, den Kampf über die Grenzen der Werkzeugmachergruppe hinaus auf die gesamte Metallarbeiterschaft auszuweiten.

Stampfer versucht im Sonntag-Vorwärts mit einer schamlosen Kommunistenhetze die Metallarbeiter über den Bankrott der reformistischen Politik hinwegzutäuschen. Er wirft den Kommunisten vor, daß sie die Arbeiter gegen die Gewerkschaftsführer aufspalten und diesen Knüttel zwischen die Beine werfen. Aber nach dem Aussperrungsbeschluss der Metallindustrie kann für die Arbeiterschaft nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, wer den Knüttel zwischen die Beine wirft, wenn das Unternehmertum in einheitlicher Front gegen einen Teilkampf der Werkzeugmacher einen Generalangriff gegen die gesamte Arbeiterschaft vorbereitet, was Stampfer dann selbst zugeben mußte. So kann die Begrenzung des Kampfes der Arbeiter um das eng begrenzte Ziel einer Lohngruppe des Tarifs für die Werkzeugmacher, wie es die DMB-Ortsverwaltung will, nur die Vorbereitung einer Niederlage der Arbeiterschaft bedeuten. Auf diese Gefahr haben die kommunistischen Arbeiter internistisch aufmerksam gemacht und werden sich durch das Stampfergeschrei nicht abhalten lassen, die reformistische Taktik weiter anzuprangern.

Der Vorwärts schreibt in der Sonnabend-Ausgabe davon, daß die Industriellen einen Angriff auf die Wirtschaft durchführen. Haben die Arbeiter, die auch in der Dresdner sozialdemokratischen Zeitung oft solchen Anklagen laien konnten, sich auch einmal überlegt, wer denn weiter und besser diese Wirtschaft einmal überlebt, wer denn weiter und besser diese Wirtschaft einmal überlebt? Haben wir vielleicht eine Wirtschaft der Arbeiter, daß die Unternehmer diese angreifen? Doch wohl nicht. Die Unternehmer sind die Besitzer der Betriebe. Daß sie nicht ihre eigene Wirtschaft angreifen, ist klar. Der Angriff richtet sich nicht gegen die „Wirtschaft“ oder wie die Sozialdemokraten manchmal die Arbeiter, gegen den Staat, sondern gegen die Arbeiter. Das Geschrei über den Angriff auf Staat und Wirtschaft soll die Arbeiter nur von den Tatsachen ablenken.

Folgte nicht eine Niederlage der Arbeiter bald auf die andere?

Die Unternehmer setzen immer gleich die stärksten Mittel ein. Die Reformisten hindern aber die Arbeiter nun ihrerseits mit härteren Mitteln zu antworten. So war es im Hüttenarbeiterkampf, im mitteldeutschen Metallarbeiterkampf, so ist es jetzt in Berlin.

Die Taktik ist die Taktik der bewußten Vorbereitung von Niederlagen. Die Reformisten wissen, es handelt sich bei allen diesen Kämpfen nicht nur um die Löhne der jetzt im Kampf stehenden Gruppen. Der Vorwärts schreibt:

„Handelte es sich für die Metallindustriellen nur um die Forderungen der Werkzeugmacher, dann wäre es weder zu einem Streik noch zu der Betriebsstilllegung gekommen. Der DMB würde ein gewisses Entgegenkommen gezeigt und die Werkzeugmacher würden sich zunächst damit abgefunden haben. Das Unternehmertum in seiner Gesamtheit ist aber fest ent-

schlossen, die Löhne auf ihrem gegenwärtigen Tiefstand zu halten, um die eigene Kapitalbildung in beschleunigtem Tempo zu sichern. Erhält eine Gruppe von Arbeitern auch nur einen Pfennig Lohnerhöhung, dann — so fällt es dem Unternehmertum — fordern auch alle übrigen Gruppen eine Zulage, die man ihnen nicht verweigern kann. Wird der Lohn in Mitteldeutschland oder in Berlin erhöht, dann wird er auch in Rheinland-Westfalen nicht niedriger gehalten werden können. Das Verhalten der Unternehmer schließt jede Verständigung von vornherein aus.

Der Vorwärts schlägt damit die ganze bisherige Argumentation der SPD. Aber die SPD und die Gewerkschaftsführer unterstützen die Taktik der Unternehmer, da sie in einer kommenden Koalitionsregierung keine Störungen durch Arbeitskämpfe wollen. Deswegen kann nur die vollständige Lösung der Arbeiter von den Reformisten den Arbeitern weitere Erfolge bringen.

Der Hüttenarbeiterkampf abgewürgt

Am Sonnabend vormittag nahm die etwa 2000 Mann zählende Belegschaft der sächsischen Gußstahlfabrik in Freital zu dem Ergebnis der Verhandlungen, die am 1. März zwischen dem Vorstand des DMB und den Vertretern der Schwerindustrie in Stuttgart stattgefunden hatten, Stellung. Die Bezirksleitung des DMB Sachsens hatte bereits am Freitag in einer Konferenz der Hüttenarbeiter den Abbruch des Kampfes auf der Basis der Stuttgarter Vereinbarungen gegen eine kurze Minderheiteit beschließen lassen. Auf der von etwa 30 bis 35 Personen besetzten Konferenz ließen die Teilhaber, Höller und Händel alle Mühen springen, um die Vertreter aus den Betrieben, die sich seit sechs neun Wochen im Kampf befinden, zur Kapitulation zu bewegen. Wie stark die Stimmung gegen das faule Kompromiß war, zeigt die Tatsache, daß neben einigen Stimmenthaltungen 12 Delegierte gegen den Abbruch des Kampfes stimmten.

Noch härter als auf dieser Konferenz war der Widerstand der Arbeiter, denen man am Sonnabend das Verhandlungsergebnis schmackhaft zu machen versuchte. In der Versammlung in der Sächsl. Gußstahlfabrik war an Stelle Händels der 1. Revolutionsrat Höller selbst erschienen. Nach während der Streikversammlung tagte, schickte die Direktion der SGG dem Betriebsrat den Arbeitsplan zur Wiederaufnahme, nach dem einzelne Arbeitergruppen sofort nach Verfassungsschluss in den Betrieb müßten. Diese Tatsache läßt erkennen, wie sicher sich die Indu-

striellen auf die Abmachungen mit den DMB-Führern und auf die Wiederaufnahme der Arbeit verlassen haben.

In keinem Bericht verhehrt Höller die Stuttgarter Vereinbarungen als einen „vollen Erfolg“ für die Arbeiter hinzustellen. Diese unerhörte Bravourstunde rief bei den Gußstahlhüttenarbeitern einen tumultartigen Proteststurm hervor. Der Redner wurde gezwungen, seinen Bericht zu unterbrechen. Nur mit großer Mühe gelang es der Versammlungsleitung, die Arbeiter soweit zu beruhigen, daß Höller, von Zwischenrufen noch immer unterbrochen, seinen Bericht zu Ende führen konnte. Als Höller am Schluß seiner Ausführungen davon sprach, daß die Verhandlungsleitung alles tun werde, um den Abbruch des Kampfes zu erreichen, quittierte die Versammlung mit schallendem Gelächter dieses reformistische Demagogenspiel. Die kleinen Trabanten Höllers im Betriebsrat plädierten unter Führung Bahiggs für Abbruch des Streiks. Oppositionelle Redner brandmarkten das Stuttgarter Ergebnis als einen „Erfolg“ der reformistischen Niederlagenstrategie und fanden damit den ungeteilten Beifall der Versammlung. Bei der Abstimmung über die vorgelegte Entscheidung kam es bei der erregten Stimmung der Arbeiter zu neuen kühnen Äußerungen. Es gelang den Reformisten nach Abwürgung aller aus der Versammlung heraus gestellten Anträge mit knapper Mehrheit die Annahme ihrer Resolution durchzuführen.

Der Stuttgarter Paß

Zum Abschluß des Kampfes in der sächsl. Hüttenindustrie / Die Preisgabe der Arbeiterforderungen

Dresden, den 5. März 1928.

Die Reformisten verbuchen einen neuen „Erfolg“ ihrer Niederlagenstrategie. Der seit neun Wochen dauernde Kampf in den sächslischen Hüttenbetrieben wurde am Sonnabend abgewürgt, nachdem es bereits am 1. März zwischen den Vertretern der Schwerindustrie und dem DMB bei den in Stuttgart gepflogenen Verhandlungen zu einer Verständigung gekommen war. Die Vereinbarungen über den Abbruch des Kampfes, die ohne Wissen und über den Kopf der kämpfenden Arbeiter hinweg mit den Industriellen hindeutend abgeschlossen wurden, bedeuten eine glatte Kapitulation vor den Unternehmern und Preisgabe einer günstigen Kampfposition der Arbeiter. In den Abmachungen, die von der Dresdner Volkszeitung am Sonnabend als „ein guter Erfolg“ und „ein Schritt vorwärts zum Achtundzestag“ genannt werden, offenbart sich der Bankrott der wirtschaftsfeindlichen und arbeitgemeinschaftlichen Politik der Reformisten mit zuspender Konsequenz. Die Bestrebungen der Führung in den freien Gewerkschaften, die darauf gerichtet sind, ein reibungsloses Zusammenarbeiten mit den Partnern des deutschen Großkapitals zu ermöglichen, spiegeln sich auch in diesen Vereinbarungen wider.

Die DMB-Führung war seit Beginn des Kampfes, in dem es um die für die Schwerindustrie so bedeutungsvolle Frage der Arbeitszeit ging, bestrebt, jede Verschärfung des Kampfes zu vermeiden. Im gleichen Maße aber waren auch die Industriellen daran interessiert, in der gegenwärtigen Situation eine Zuspitzung des Konfliktes aus politischen Gründen zu verhindern. Aber auch nach einer anderen Seite hin war den Schlichterbaronen die baldige Beilegung des Hüttenarbeiterkampfes erwünscht. Ein für die Arbeiter günstiger Ausgang des Kampfes hätte der Arbeiterschaft, besonders den Metallarbeitern einen günstigen Kampfboden für die Austragung des im April auf der Tagesordnung stehenden Lohnkampfes gegeben. Ein Sieg der Hüttenarbeiter wäre nicht nur ein materielles und moralisches Erfolg gewesen, — er hätte, und das war der wichtigste Moment, die Frage der Arbeitszeitregelung im

Ruhrgebiet erneut aufgerollt. Das sollte unter allen Umständen verhindert werden, — und von dieser Seite betrachtet, ist das Stuttgarter Kompromiß ein glatter Erfolg der Hüttenbarone.

Der Kampf der sächslischen Hüttenarbeiter gegen den am 29. Dezember 1927 gefällten Schiedspruch wurde — von der Leitung des DMB nicht geführt als ein Streik gegen ein schändliches Unternehmertum auf der Basis des gewerkschaftlichen Kampfes Arbeiter gegen Unternehmer. Der Kampf, zu dem die DMB-Führung von den Arbeitern gezwungen wurde, war ebensowenig ein Kampf gegen den Schiedspruch und seinen Inhalt wie das Schlichtungswesen überhaupt. Die Anerkennung des Kampfes und seine Fortführung trotz Verbindlichkeitsklärung bedeutet keineswegs eine Abkehr der Reformisten von der prinzipiellen Linie der Anerkennung des Schlichtungsschwindsels. Es war für sie vielmehr nur eine günstige Gelegenheit, die Arbeiter mit einer schmeicheleichen Geste zu täuschen und an die reformistische Leitung zu fesseln. Der Kampf wurde auf eine juristische Plattform gehoben und zu einer Doktorfrage bürgerlicher Rechtsprechung gemacht. Den Hüttenarbeiter wurde erzählt, daß der Schiedspruch gegen „Gesetz und Recht“ verstoße, man forderte sie auf, das „Recht“ zu verteidigen, beantragte Entscheidung des Arbeitsgerichtes, und so verlegte man den Teufel bei seiner Großmutter.

Gewiß, der Schiedspruch vom 29. Dezember 1927 verletzt die Bestimmungen über die Sonntagsruhe wie sie in der Bundesratsverordnung vom Februar 1903 festgelegt sind, in offensichtlicher Weise. Gerade die Tatsache aber, daß der „Unparteiliche“, als der Beauftragte der Schwerindustrie, die Bestimmungen der Sozialgesetzgebung den Kapitalisteninteressen opferte, verpflichtete den DMB erst recht, den Kampf gegen den Schiedspruch und gegen die „ungesetzliche“ Regelung“ als Klassenkampftrage zu stellen. Das aber lehnte die DMB-Führung von vornherein ab. Sie weckte und verstärkte die Illusion, als ob die Gerichtsbarkeit des bürgerlichen Klassenstaates, — in die